



Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)

Geschäftsführung
Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709
E-Mail: Andrea.brohl@stadt-koeln.de

Datum: 28.02.2023

Niederschrift

über die **17. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 26.01.2023, 16:00 Uhr bis 21:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister	GRÜNE
Kosubek, Antje	GRÜNE
Leitner, Günter	CDU
Polat, Alicem	SPD
Cazier, Julie	GRÜNE
Arabaci, Ismail	GRÜNE
Fischer, Stefan	GRÜNE
Herrndorf, Martin, Dr.	GRÜNE
Utku, Mildred	GRÜNE
Vinçon, Klaus	GRÜNE
Cremer, Tim	SPD
Schmitz, Mario	CDU
Scheffer, Michael	DIE LINKE.
Wienke, Gunda	DIE LINKE.
Nüsser, Christian	FDP
Florakis, Emanuel	KLIMA FREUNDE

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Kockerbeck, Heiner	DIE LINKE
Schwanitz, Hans	GRÜNE
Weber, Florian	CDU

Verwaltung

Höver, Ulrich, Dr.
Zlonicky, Lena

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Flöge-Becker, Maria

Schriftführerin

Brohl, Andrea

Gäste

Palm, Ute

auf Vorschlag Arbeitskreises Barrierefreies Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Börschel, Regina, Dr.	SPD
Büttgenbach, Simone-Chantal	CDU
Kader, Sabine	Die PARTEI

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Breite, Ulrich	FDP
Hammer, Lino	GRÜNE
Helmis, Maria	SPD
Jeschka, Manuel	Volt
Karadag, Derya	GRÜNE
Lorenz, Lukas	SPD
Lutz, David, Dr.	GRÜNE
Michel, Dirk	CDU
Rudolph, Floris	GRÜNE
Ruffen, Stefanie	FDP
Schneeloch, Sandra	GRÜNE
Sterck, Ralph	FDP
Tybussek, Artur	CDU

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, begrüßt alle Anwesenden, Bürger, Presse, Verwaltung, Seniorenvertretung, Vertreterin auf Vorschlag des Arbeitskreises barrierefreies Köln, Ratsmitglieder und BV-Mitglieder. Er gratuliert Herrn Schmitz (CDU) und Herrn Dr. Herrndorf (B90/Die Grünen) zum Geburtstag. Er stellt den fristgerechten Eingang der Einladung zur heutigen Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt fest. Die aktualisierte Tagesordnung liegt den Mitgliedern der Bezirksvertretung vor und ist im Ratsinformationssystem öffentlich einsehbar.

Herr Hupke lässt über die so ergänzte Tagesordnung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Herr Hupke lässt über das Rederecht nach Bedarf für alle Anwesenden zu einzelnen Tagesordnungspunkten abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Herr Hupke schlägt als Stimmzähler Frau Kosubek (Vertretung Herr Vinçon), Herrn Leitner und Frau Wienke

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

- 1.1 Aktuelle Stunde BAN, gem. Antrag Die Linke und CDU
AN/0123/2023
- 1.2 Aktuelle Stunde - Dramatische Situation in den Häusern "Im Ferkulum 8 und Beethovenstraße 8", Antrag Herr Hupke
AN/0111/2023
- 1.3 Einwohnerfragestunde - Radspur Ringe
- 1.3.1 Beantwortung - Einwohnerfragestunde - Radspur Ringe
0199/2023
- 1.4 Vortrag - Toilettenkonzept

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

3 Verwaltungsvorlagen

- 3.1 Beschluss zur Umsetzung eines Verkehrskonzepts für die Venloer Straße im Abschnitt zwischen Kamekestraße und Hans-Böckler-Platz im Zusammenhang mit der Nachrüstung von zwei Zugangstreppen an der Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz im Rahmen der Brandschutzsanierung
3328/2022
- 3.2 Baubeschluss für die Durchführung der Brandschutzsanierung der unterirdischen Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz / Bf. West
1802/2022
- 3.3 285. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4159/2022
- 3.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 674351/02; Arbeitstitel: "Campus Kartause (Kartäuserwall 24b)" in Köln-Altstadt/Süd
4157/2022
- 3.5 Sportanlage Dr.-Simons-Straße - Kunststoffrasen Belagserneuerung
3729/2022

- 3.6 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2023 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
4182/2022
- 3.7 Förderprojekt 'Dasselbe in Grün' - aus grauer wird grüne Infrastruktur hier: Planungsbeschluss sowie Bereitstellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
3066/2022
- 3.8 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2023
4153/2022
- 3.9 Bedarfsfeststellungsbeschluss Waidmarkt – Vergabe externer Fachbüros zur Unterstützung der Teilprojekte und Fachdienststellen im Projekt Waidmarkt.
4018/2022
- 3.10 Aufstellung und Einrichtung des für das Gymnasium Rochusstraße 145 bereits bestellten Modulbaus am Standort Eitorfer Straße zur Nutzung durch das Berufskolleg 10 und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
4155/2022
- 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradrampe Severinsbrücke (Az.: 02-1600-122-22)
2638/2022
- 4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Verkehrsberuhigung Mathiasstraße (Az.: 02-1600-131-22)
3324/2022
- 4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW bezüglich der Öffnung eines Weges über die Messedächer für die Öffentlichkeit (Az 205/22 B)
4296/2022
- 4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Bushaltestelle Hansaring auf die Krefelder Straße (Az.: 02-1600-167-22)
4264/2022
- 4.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Trennung Stadtbahnlinien 7 und 13 (Az.: 02-1600-47-22)
4250/2022
- 5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)**

- 5.1 Anträge aus früheren Sitzungen
 - 5.1.1 Mehr umsteigefreie Busverbindungen zum Hauptbahnhof, Antrag FDP AN/1068/2022
 - 5.1.2 Neues Konzept für den öffentlichen Raum und eine resiliente Stadt in der Altstadt Nord, gem. Antrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/2063/2022
- 5.2 Anträge zu dieser Sitzung
 - 5.2.1 Dringlichkeitsantrag - Anpassung des Verkehrsversuchs Deutzer Freiheit, gem. Antrag B90/Grüne, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/0180/2023
 - 5.2.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag zu "Dringlichkeitsantrag - Anpassung des Verkehrsversuchs Deutzer Freiheit", gem. Änderungsantrag CDU und FDP AN/0187/2023
 - 5.2.2 Sperrpfosten bei neuen autofreien Zonen / Verkehrsexperimenten, Dringlichkeitsantrag Grüne AN/0195/2023
- 6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter**
 - 6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen
 - 6.1.1 Ruhestörung in der Rubensstraße, Anfrage SPD AN/1831/2022
 - 6.1.2 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburonenstraße / Maternusstraße, Anfrage Grüne AN/1836/2022
 - 6.1.3 Bildungslandschaft Altstadt Nord - Renovierungsarbeiten, Antrag CDU AN/1821/2022
 - 6.1.3.1 Beantwortung der Anfrage - Bildungslandschaft Altstadt Nord, Renovierung der Turnhalle Adolf-Fischer-Straße - zur Anfrage AN/1821/2022 der CDU-Fraktion 3673/2022
 - 6.1.4 Historische Wasserpumpe auf dem Alter Markt, Anfrage CDU AN/1822/2022
 - 6.1.4.1 Beantwortung - Historische Wasserpumpe auf dem Alter Markt - zur Anfrage der CDU-Fraktion AN/1822/2022 4164/2022

- 6.1.5 Regeln für Gehwegbreiten, gem. Anfrage Die Linke und KlimaFreund
AN/1967/2022
- 6.1.6 Ersatzfreiheitsstrafen aufgrund des Fahrens ohne Fahrscheins, Anfrage Grü-
ne
AN/2205/2022
- 6.2 Anfragen zu dieser Sitzung
- 6.2.1 Beschwerdelage Schaafenstraße, Anfrage Die Linke
AN/0034/2023
- 7 Mündliche Fragen an die Verwaltung**
- 8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 9 Mitteilungen der Verwaltung**
- 9.1 Neubau der Feuer- und Rettungswache 1 (Innenstadt)
Hier: Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens
4101/2022
- 9.2 Köln. Gestaltet. Miteinander
Erfolgreicher Auftakt des ersten Konsultationskreises für die Außengastronomie
mit der Stadtverwaltung, der Gastronomie, den Behindertenverbänden und
der Politik
zum Sachstand und zur Methodik
4261/2022
- 9.3 Strategie Klimaneutrales Köln
4145/2022
- 9.4 Mitteilung "Energetische Ertüchtigung denkmalgeschützter Bauten"
4222/2022
- 9.5 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW "Waidmarkt 2.0", AZ.:
191/22
0089/2023
- 9.6 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Hunde Freilaufwiese,
Steinpark, Ecke Quentelstraße und Buschgasse", AZ.: 210/22
0090/2023
- 9.7 Sachstandsbericht
0099/2023
- 9.8 Straßenkarneval 2023
Hier: Darstellung der Prüfergebnisse zum Ratsbeschluss vom 08.12.2022,
TOP 3.1.6
0149/2023

- 9.9 Liste der Großbauprojekte - Beantwortung von Anregungen und Nachfragen aus den beteiligten Gremien
3165/2022/1
- 9.10 Neufassung des Mustermietvertrages für die Vermietung von städtischen Sportanlagen oder Grundstücken zum Bau von Sportbauten Dritter
2153/2022
- 9.11 Welcome-Center für geflüchtete Menschen aus der Ukraine am Hauptbahnhof Köln
0051/2023
- 9.12 Radverkehrskonzept Innenstadt - Kölner Ringe
Prüfergebnis - Einsatz baulicher Trennelemente am Hohenzollernring
0115/2023
- 9.13 Radverkehrskonzept Innenstadt – Kölner Ringe
Radverkehrsführung mit Spurumwandlung auf dem Hansaring bis Krefelder Straße
0062/2023
- 9.14 Mitteilung zu DE 4030/2022 - schulrechtliche Änderung mehrerer Gymnasien ab den Schuljahren 2023/24 und 2024/25
0045/2023

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

1.1 Aktuelle Stunde BAN, gem. Antrag Die Linke und CDU AN/0123/2023

Frau Wienke, Die Linke, weist darauf hin, dass die Bildungslandschaft Altstadt Nord (BAN) bereits 2018 fertiggestellt sein sollte. Dies sei noch immer nicht der Fall, sodass der Schulsport seit 5 Jahren nicht stattfinden könne. Sie bittet den aktuellen Sachstand darzulegen und zu erläutern.

RM Herr Weber, CDU, hebt positiv hervor, dass die BAN zumindest teilweise in Betrieb sei. Allerdings fehle es an elementaren Dingen wie WLAN oder Warmwasser und auch in dramatischer Weise (40 %) an Sportmöglichkeiten. Er kritisiert die mangelnde Kommunikation und Transparenz der Stadtverwaltung gegenüber Schule, Eltern und Politik und spricht sich für ein besseres Miteinander aus, um das Projekt BAN zum Erfolg zu führen. Dazu bedürfe es einer proaktiven Kommunikation der Verwaltung gegenüber Schulen und Politik, der Bereitstellung von kurzfristigen Sportersatzmaßnahmen und der Behebung der Mängel.

Frau Damaschek, Gebäudewirtschaft, stellt ausführlich die Historie des Projektes BAN mit Schwerpunkt Hansagymnasium vor. Sie hebt die Herausforderungen des Projektes hervor, den Wechsel des Objektplaners in 2017, eine Unterbrechung aufgrund der vorgefundenen Bausubstanz, die den Vertragsrücktritt des Rohbauers zur Folge hatte, daraus resultierend ein neues europaweites Vergabeverfahren, welches zu Verzögerungen von ca. einem Jahr geführt habe. Ein Trafo, welches auch das Stadtviertel mit Strom versorgt, musste umgezogen werden, dies alles in der sehr beengten Innenstadtlage. Zudem änderten sich auch in dem langen Prozess Rahmenbedingung oder Vorschriften. In 2020 gab es einen Baustopp, die Cobiaxdecke musste überprüft werden. Zudem gab es Überprüfungen wegen Arbeitsstättenrichtlinien u.ä.. Intern wurde das Team aufgestockt, mit einer externen Projektsteuerung und einer weiteren Objektüberwachung verstärkt. Eine weitere Verstärkung sei für 2023 derzeit in der Planung. Das unter Denkmalschutz stehende Hansagymnasium sei eine sogenannte Flurschule gewesen. Die neuen pädagogischen Konzepte arbeiten mit Clustern, zu denen Unterrichtsräume, ein Mehrzweckraum, ein Gruppenraum und eine Teamstation gehören. Sie wirbt für Verständnis aufgrund der komplexen Bausituation in Innenstadtlage mit denkmalgeschütztem Vorkriegsbau, die alle immer wieder vor neue Herausforderungen stellte.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, dankt der Fachverwaltung für die Ausführungen, die die Komplexität des Projektes BAN deutlich gemacht haben. Sie bittet Bezirksvertretung, Schulleitung und Schulpflegschaften regelmäßig zu informieren.

Herr Felling, Schulpflegschaftsvorsitzender Hansagymnasium, berichtet aus der Perspektive der Schülerinnen und Schüler, dass diese davon ausgehen, dass das eh nicht klappe und damit auch das Vertrauen in Verwaltung und Politik verloren hätten. Er bittet daher um eine Beteiligung nicht nur bei der Gestaltung von Spielplätzen, sondern auch eine echte ernstgemeinte Partizipation und Information über das, was dort passiere. Es brauche eine erneute Identifikation, um das Projekt gemeinsam zu tragen.

Frau Wienke, Die Linke, bestätigt, dass es für die Kinder deprimierend sei, im Betonbau an der Gereonsmühlengasse zu sein. Sie betont, dass es eine Wertschätzung wäre, wenn alle informiert würden. Der neue Sachstand enthalte keine Angabe zu der

in Aussicht gestellten Fertigstellung in 2024, dies sollte aktualisiert und auch gegenüber Schule und Eltern kommuniziert werden. Sie bittet den Sachstand zur Sporthalle mitzuteilen und dies auch über das Tool Hallenmanagement an die Bürger zu kommunizieren. Sie regt an dort wo in Vogteistraße, Ritterstraße und Gereonswall quer geparkt würde, Ersatzbauten aufzustellen unter Wegfall von 20 Parkplätze.

RM Kockerbeck, Die Linke, fragt nach dem Fertigstellungstermin für die Sporthalle und wann die für Anfang 2023 zugesagte breite Infoveranstaltung stattfindet.

Frau Damaschek, Gebäudewirtschaft, räumt ein, dass sich der Fokus gerade auch wegen der Hindernisse auf das Projekt und dessen Durchführung konzentriert habe und dabei die Kommunikation im weiteren Verlauf verbesserungswürdig sei.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, erinnert daran, dass die städtischen Gebäude 50 Jahre nicht instandgehalten und modernisiert worden seien.

Herr Oberthür, Gebäudewirtschaft, betont, dass die Instandhaltungen sehr wohl wahrgenommen werden, allerdings nicht in der Dichte, wie man sich dies selber wünsche. Er weist auf die ausführliche Beantwortung unter TOP 6.1.3.1 hin. Die Renovierungsarbeiten seien bis auf Restarbeiten abgeschlossen. Vor der Freigabe der Halle habe eine regelmäßig durchzuführende Überprüfung der Tragwerke die sofortige Schließung der Halle durch einen Statiker zur Folge gehabt. Es sei das Ziel die Halle gegen Ende des Jahres wieder frei zu geben. Er sagt eine Information nach Meilensteinerkenntnissen zu.

Herr Leitner, CDU, regt einen regelmäßigen Austausch, eine möglichst quartalsmäßige Information, Sportersatzmaßnahmen, die Behebung der Mängel (kein heißes Wasser und kein WLAN) sowie eine Kommunikation der Schulen an und bittet, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Hierzu beantragt er eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Herr Hupke unterbricht die Sitzung um 17:20 Uhr und führt sie um 17:25 Uhr fort.

Herr Dr. Höver weist auf § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen zu aktuellen Stunden hin. Diese könnten mit folgendem Beschluss enden: Die Sache ist erledigt oder die Sache wird zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen oder die Sache wird zur weiteren Behandlung an den zuständigen Fachausschuss überwiesen. Ein anderer Beschluss wäre als Meinungsbild der Bezirksvertretung zu werten. Arbeitsaufträge an die Verwaltung müssten in der nächsten Sitzung durch einen Antrag beschlossen werden.

Herr Leitner, CDU, schlägt folgenden Beschluss als Abschluss der Aktuellen Stunde vor:

Die Bezirksvertretung verweist die Angelegenheit mit folgenden Bitten an die Verwaltung

1. regelmäßige, mindestens quartalsmäßige schriftliche Mitteilung an die Bezirksvertretung, den Schulausschuss und die Leitungen der beteiligten Schulen
2. Zusammenstellung von Sportersatzmaßnahmen (etwa Basketballplatz an der Viktoriastr.)
3. Abstellen der für den Betrieb notwendigsten Mängel (etwa Anstreicherarbeiten, warmes Wasser, WLAN etc. gemäß Meldungen der beteiligten Schulen)

Auf Nachfrage von Herrn Oberthür, Gebäudewirtschaft, betont Frau Dietz, Schulleitung, dass die Mängelanzeigen bereits zwanzig Mal an die Gebäudewirtschaft gerichtet wurden und es nicht an Meldungen mangle. Es würde immer eine Abhilfe zugesagt, doch es passiere nichts. Gerne werde sie die Mängel auch für Herrn Oberthür auflisten.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung verweist die Angelegenheit mit folgenden Bitten an die Verwaltung

4. regelmäßige, mindestens quartalsmäßige schriftliche Mitteilung an die Bezirksvertretung, den Schulausschuss und die Leitungen der beteiligten Schulen
5. Zusammenstellung von Sportersatzmaßnahmen (etwa Basketballplatz an der Viktoriastr.)
6. Abstellen der für den Betrieb notwendigsten Mängel (etwa Anstreicherarbeiten, warmes Wasser, WLAN etc. gemäß Meldungen der beteiligten Schulen)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1.2 Aktuelle Stunde - Dramatische Situation in den Häusern "Im Ferkulum 8 und Beethovenstraße 8", Antrag Herr Hupke AN/0111/2023

Im Ferkulum 8

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, erklärt, dass es sich um eine klassische Herausmodernisierung handele. Eine Mutter mit einem Kind habe noch die Stellung gehalten. Es wurde deutliche Kritik an der Stadtverwaltung geübt.

Frau Kerscher, Amt für Wohnungswesen, stellt sich als neue Amtsleitung kurz vor. Sie weist darauf hin, dass ein Wohnungsaufsichtsverfahren, also wenn die Stadt ordnungsbehördlich tätig werde, dies ein massiver Eingriff in das Grundrecht auf Eigentum sei. Diese Verfahren müssen einer gerichtlichen Überprüfung standhalten. Sofern aufklärende Gespräche zum Erfolg führen, werden diese zuerst genutzt. Durch Eigentümerwechsel ziehen sich solche Verfahren oft in die Länge. Die letzte Ortsbesichtigung sei im März 2022 gewesen. Es gab keinerlei Hinweise darauf, dass die Wohnung nicht bewohnbar gewesen sei, allerdings gab es in dem Haus großen Sanierungsbedarf. Bilder wie in der Presse gezeigt, seien nicht absehbar und vorher nicht bekannt gewesen. Es habe der Hinweis vorgelegen, dass die Sanierungen ohne Baugenehmigung erfolgen. Es stellte sich heraus, dass es sich nicht um genehmigungspflichtige Arbeiten handelte. Der Eigentümer habe den Mietern, auch der bis zuletzt verbliebenen Mieterin, Ersatzwohnraum angeboten. Auch diese Mieterin sei seit März letzten Jahres in einer Ersatzwohnung untergebracht gewesen, wo allerdings die zeitliche Befristung immer klar war. Sie habe nun auch eine Perspektive gefunden, so dass auch diese Wohnung saniert werden könne. Die übrigen Wohnungen stehen in Kürze wieder zur Vermietung zur Verfügung. Weiterhin sei man in Kontakt mit dem Amt für Stadtentwicklung aufgrund der erhaltungsrechtlichen Themen und der bestehenden sozialen Erhaltungssatzung. Es soll sichergestellt werden, dass die Sanierung nicht die Bevölkerung vor Ort verdrängt.

Herr Scheffer, Die Linke, weist darauf hin, dass es in dem Bereich bereits mehrfach Probleme gegeben haben und fragt sich, warum eine Erhaltungssatzung beschlossen worden sei, wenn man nun solche Wild-West-Methoden vorfinde. Rainer Kippe habe gesagt, in Köln brauche es des Dreiklangs bauen, beschlagnahmen, besetzen. Es gehe also um konkrete Interventionen von städtischer und bürgerchaftlicher Seite.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, betont, dass bei aller Schwierigkeit die Stadt aufpassen müsse, dass diese Stadt nicht das humane Antlitz, was sie hatte, verliere und dieses zu einer antihumanistischen Fratze werde.

Herr Cremer, SPD; führt aus, dass in der Menschenrechtscharta das Recht jedes Menschen auf Wohnen verankert sei. Der Verlust der Wohnung könne jemanden aus der Bahn werfen. Die SPD werde jeden Antrag unterstützen, der Menschen schnellstmöglich helfe, die entwohnt werden sollen. Allerdings wollen oft sowohl Verwaltung als auch viele Immobilienbesitzer in der Sache helfen und vermieten zu normalen Mietpreisen.

Frau Kerscher, Amt für Wohnungswesen, freut sich über jeden der das Thema Wohnen in dieser Stadt wichtig - auch für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt - nehme und betont, dass die Probleme nicht von ihrem Amt alleine gelöst werden können, sondern es eines Schulterschlusses von Politik und Verwaltung bedürfe.

Herr Leitner, CDU, schlägt vor ein beschlussähnliches Moratorium zu fassen und ggf. eine kleine Demo mit der Bezirksvertretung vor dem Haus zu machen.

Herr Vinçon, B90/Die Grünen, fragt, bei wem die Durchsetzung für das Wohnungsaufsichtsgesetz liege, wie dies angewendet werde und welche konkreten Maßnahmen werden gegen solche Eigentümer unternommen.

Frau Kerscher, Amt für Wohnungswesen, berichtet, dass baurechtliche und erhaltungsrechtliche Rahmenbedingungen zunächst geprüft werden müssen. Instrumentarien wie empfindliche Bußgelder werden bereits heute angewendet. Dabei werde auch mit Augenmaß und dem Einzelfall entsprechend gehandelt. Sie teilt mit, dass zudem der Bereich personell deutlich verstärkt worden sei. Zudem habe der Gesetzgeber bessere Handlungs- und Kontrollmöglichkeiten geschaffen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, schlägt einen Antrag für die nächste Sitzung der Bezirksvertretung vor, dies schließe eine Demonstration nicht aus.

Beethovenstraße 8

Eine Mieterin berichtet, dass alle Mieter und Mieterinnen mit der Androhung einer Ordnungsverfügung und eines Zwangsgeldes zu verschiedenen Zeitpunkten angeschrieben wurden, weil der Zustand der Illegalität gegeben wäre und Brandschutzmaßnahmen nicht eingehalten wurden. Durch Akteneinsicht konnte man entnehmen, dass die fehlenden Baugenehmigungen und nicht eingehaltene Brandschutzmaßnahmen schon sehr lange bekannt seien, seitdem es einen Brand gegeben habe. Man verstehe nicht, warum die Mieter und Mieterinnen und nicht Hauseigentümerin bzw. Hausverwaltung mit Zwangsmaßnahmen belegt werden.

Ein Mieter ergänzt, dass das Haus von 20-25 Parteien sowohl gewerblich wie auch privat genutzt werde. Alle hätten das Haus bis Ende Januar zu verlassen, wovon sie weder von Eigentümerin noch Hausverwalterin in Kenntnis gesetzt wurden. Die Nachreichung der Baugenehmigung sei in Arbeit. Aus der Akteneinsicht sei nicht hervorgegangen, dass die Eigentümerin zu einem Ordnungsgeld verpflichtet werde, sondern nur die Mieter. Er fragt, welche Autorität das Bauaufsichtsamt habe, wenn es so vergehen müsse und weist darauf hin, dass zum 01.01.2023 wieder eine Wohnung neu vermietet worden sei.

Eine gewerbliche Mieterin, Praxis für Psychotherapie, mit mehreren Therapeuten, teilt mit, dass sie ca. 300 Patient*innen behandeln. Die kassenärztliche Zulassung sei an die Adresse gekoppelt, Umzüge müssten genehmigt werden. Im schlimmsten Fall könne die Zulassung entzogen werden. Die Patient*innen, teils mit schweren Erkrankungen, die während der Wintermonate vulnerabler seien, könnten destabilisiert werden, wenn sie nicht mehr behandelt würden. Der Rechtsbeistand ergänzt, dass ein Dialog mit Stadt, Eigentümer und Mietern bisher verwehrt worden sei. Es gebe weiterhin keine Maßnahmen gegen die Eigentümerseite. Der Brandschutzsachverständige der Vermieterin sehe keine großen Bedenken, mit Ausnahme der Dachgeschosswohnung. Er bittet daher nochmals um ein Gespräch, damit die Sache nicht vor Gericht geklärt werden müsse.

Herr Pahlke, Bauaufsichtsamt, berichtet, dass im Rahmen einer Brandschau festgestellt wurde, dass das Objekt keine Baunutzungsgenehmigung für die derzeitige Nutzung hat. Damals sei eine Wohnung pro Etage genehmigt worden. Zusätzlich wurde festgestellt, dass es Probleme mit dem zweiten Rettungsweg gebe. Eine Entmietung sei nicht das Ziel. Allerdings müsse die Gefahrenabwehr ernst genommen werden. Zum Brandschutz gebe es klare Vorgaben. Laut seiner Kenntnis hat niemand eine Ordnungsverfügung bekommen, sondern nur eine Anhörung. Bei den Wohnungen, wo es keine zweite Rettungswegthematik gebe, werde es auf absehbare Zeit keine Aufforderung geben, die Wohnung zu verlassen. Die Vermieterin werde juristisch vertreten und Anträge würden gestellt. Bei den vier Einheiten mit Rettungswegproblematik hätten die Mieter bis auf einen Fall eine neue Unterkunft gefunden. Man sei im Dialog mit den Betroffenen. Dort werde noch nach Lösungen gesucht. Er bittet zu beachten, dass die Gefahrenabwehr ernst genommen werden müsse. Das Bauordnungsrecht spreche vom Störer als dem der die aktuelle Gefahr durch sein Dasein verursache. An diesen müsse sich das Bauaufsichtsamt wenden.

Eine Mieterin erklärt, dass vom Bauaufsichtsamt aktiv gedroht worden sei. Nach einer Anhörung müsse man Ende Januar mit dem ersten Bußgeld rechnen, dieses verdoppele sich alle paar Wochen. Dies habe die Mieter kurz vor Weihnachten sehr unter Druck gesetzt. Ein Mieter der zum 01.02.2023 eine neue Wohnung habe, hätte noch vorher seine Wohnung verlassen müssen. Die jetzige Schilderung der Verwaltung widerspreche dem Vorgehen. Es entstehe der Eindruck, dass das Bauaufsichtsamt an die Mieter herangetreten sei und großen Druck ausgeübt habe, da dieser nicht gegenüber der Vermieterin ausgeübt werden konnte oder wollte.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, sieht das Schreiben, dass den Mietern zugestellt wurde als einen solchen Akt der Unmenschlichkeit, den er bisher in seinem ganzen Leben noch nicht mitbekommen habe. Die Oberbürgermeisterin habe bis heute nicht auf den Hilferuf der Mieter reagiert. Die Angelegenheit hätte im Stadtvorstand behandelt werden müssen. Die Stadt hätte die Menschen bei der heutigen Wohnungsnot schützen müssen und im Rahmen der Ersatzvornahme die Fluchtwege herrichten und der Vermieterin in Rechnung stellen müssen.

Herr Nüsser, FDP, hat das Gefühl, dass die Störerauswahl hier der bequemere Weg sei und hält die Ermessensausübung für durchaus fraglich, da die Mieter der Gefahr ausgesetzt würden im Winter auf die Straße gesetzt zu werden. Das Ganze sei eine kommunikationspolitische Vollkatastrophe, es würden Zuständigkeiten hin und her geschoben. Man müsse festhalten, dass niemand im Februar auf der Straße sitze und gemeinsam eine Lösung gefunden werde.

Herr Scheffer, Die Linke, hat den Eindruck, dass das Bauaufsichtsamt seine Möglichkeiten gegenüber der Vermieterin nicht ausgereizt habe. In der Anhörung stehe im letzten Satz, dass man rein informell mitteile, dass man sich für Fragen in Zusammenhang mit einem Wohnungswechsel an das Amt für Soziales, Fachstelle Wohnen, wenden könne. Dies sei an Zynismus kaum zu überbieten. Er spricht sich für einen Abschluss der Aktuellen Stunde mit einer Resolution aus.

Herr Cremer, SPD, gibt zu bedenken, dass die Bauaufsicht den Mieter vor dem Vermieter schützen möchte. Es gebe gegenläufige Interessen und möglicherweise handele die Fachverwaltung zunächst richtig. Den Ausführungen von Herrn Hupke folge er zu 100 %. Im Endeffekt müsse der Schutz des Menschen und das Recht auf Wohnen absolut im Vordergrund stehen. Wenn es Wohnungen gebe, die nicht bewohnbar seien, sollten alle Ämter im Schulterschluss exakt für diese Situation den Menschen dort wohnen lassen, bis er eine zufriedenstellende Ersatzwohnung gefunden habe. Hier müsse das Recht auf Wohnraum, die Existenz einer psychotherapeutischen Praxis, genauso beachtet werden wie z.B. die eventuelle Gefahr des Brandschutzes.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, schließt sich den Ausführungen an. Man müsse überlegen, wie man die Strukturen verbessern könne, um in solchen Fällen weitere Instrumentarien zu haben. Den anwesenden müsse man heute helfen. Das Anhörungsschreiben höre sich nicht sehr lösungsorientiert an, da müsse zukünftig anders gehandelt werden. Wohnen sei eine der großen sozialen Fragen und man müsse die Bürgerinnen und Bürger schützen. Sie befürwortet ebenso den Abschluss dieser Aktuellen Stunde mit einem Beschluss, um den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, schlägt folgenden Beschluss vor:

„Die Bezirksvertretung verweist die Angelegenheit an die Verwaltung und bittet die federführende Fachverwaltung mit allen anderen Dezernaten alles Mögliche zu tun, das weder Mieter noch Gewerbetreibende aus dem Haus ausziehen müssen.“

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, unterbricht die Sitzung um 18:45 Uhr und führt sie um 18:56 Uhr fort.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung verweist die Angelegenheit an die Verwaltung und bittet die federführende Fachverwaltung mit allen anderen Dezernaten alles Mögliche zu tun, das weder Mieter noch Gewerbetreibende aus dem Haus ausziehen müssen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.3 Einwohnerfragestunde - Radspur Ringe

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, teilt mit, dass der fragestellende Bürger nicht an der Sitzung der Bezirksvertretung teilnehmen kann und verweist daher auf die schriftliche, im Ratsinformationssystem unter TOP 1.3.1 eingestellte Beantwortung der Fragen hin.

1.3.1 Beantwortung - Einwohnerfragestunde - Radspur Ringe 0199/2023

1.4 Vortrag – Toilettenkonzept

Frau Siman, Dezernat, Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften, und Herr Gerstenmeier, AWB, stellen das Toilettenkonzept mit Standortvorschlägen vor. Es gebe ein neues Modell, Arbeitstitel: „Brennpunkt-WC“, welches aus Edelstahl und damit gegen Vandalismus resistent sei, keine Aufenthaltsqualität biete, in den Türen oben und unten mit Schlitz habe, genderneutral sowie 24 Stunden kostenfrei genutzt werden könne. Allerdings sei dieses Modell aufgrund der Enge nur eingeschränkt rollstuhlgerecht. Für diesen Personenkreis bemühe man sich andere Lösungen in der unmittelbaren Umgebung zu finden. In Hamburg habe man bereits gute Erfahrungen mit diesem Modell gemacht. Das Budget reiche um zwei Anlagen pro Jahr umzusetzen.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, spricht sich dafür aus, dass die City-Toilette als Standard erhalten bleiben soll, insbesondere auch mit Blick auf ältere Menschen und die Barrierefreiheit. Nur an Standorten mit besonderen Anforderungen könne auf das Brennpunkt-WC ausgewichen werden, bevor keine Toilette dort aufgestellt werden könne. Er bittet um Sachstandsmitteilung zu bereits von der Bezirksvertretung beschlossenen Standorten, wie die Siegburger Straße. Die Realisierung von zwei Anlagen pro Jahr sei absurd und inakzeptabel, der Bedarf gerade auch in der Innenstadt sei riesig.

Frau Siman stellt klar, dass das City WC der Standard bleiben soll und nur dort, wo mit Vandalismus zu rechnen sei, die andere Variante gewählt würde. Aufgrund der Enge des WC, um keine Aufenthaltsqualität zu bieten, ist dieses nicht rollstuhlgerecht. Haltegriffe und Brailleschrift gebe es.

Frau Palm, auf Vorschlag Arbeitskreis barrierefreies Köln, erklärt, dass es nicht akzeptabel sei, dass die Barrierefreiheit in diesen Toiletten nicht gewährleistet sei.

Herr Scheffer, Die Linke, erinnert an das Fachgespräch vor einem Jahr. Die Bezirksvertretung Innenstadt habe dann einen Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen, dass die Dienststellen zur Erreichung der im Toilettenkonzept formulierten Ziele ausreichend finanziell ausgestattet werden sollen. Im Haushaltsplan seien mehr Gelder eingestellt worden, doch stadtweit nur zwei Toiletten jährlich seien nicht tragbar.

Die Budgeterhöhung wird laut Herrn Gerstenmeier durch die Kostensteigerung aufgezehrt.

Herr Leitner, CDU, regt eine Sondersitzung zu dem Thema an, dort soll auch beispielsweise auf das Stadtbild eingegangen werden. Die Toilette an der Agneskirche empfinde er in höchstem Maße ästhetisch grenzwertig.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, weist darauf hin, dass entsprechende Beschlüsse notwendig seien, wenn mehr Geld zur Verfügung gestellt werden müsse.

Herr Polat, SPD, fragt, warum pauschal an einigen Standorten von Vandalismus ausgegangen werden, wie die Kosten im Vergleich City-WC und Brennpunkt-WC seien und ob der Gleichstellungsausschuss einbezogen wurde, z.B. aufgrund der Schlitze in den Toilettentüren.

Herr Cremer, SPD, spricht sich für mehr Toiletten aus. Er weist darauf hin, dass das Brennpunkt-WC barriereeingeschränkt nutzbar sei. Er betont, dass dieses Toilettenmodell in der Innenstadt, wo nicht viel Fläche zur Verfügung stehe, zusätzlich angeboten werden. Er fragt, wo diese Toiletten vandalierungssicherer als eine City-Toilette sei.

Herr Florakis, KlimaFreunde, sieht die Kosten sehr hoch, er spricht sich für einen Ausbau des Happy-Toilet-Konzeptes aus. Er gibt zu bedenken, dass die Schlitze in den Toilettentüren problematisch seien und der Name fast schon eine Stigmatisierung des Standortes auslösen könne.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, betont, dass die Aufstellungsorte einvernehmlich abgestimmt werden müssen.

Frau Flöge-Becker, Seniorenvertretung, versteht nicht, dass Toiletten geplant werden, die nicht barrierefrei seien.

Frau Siman, erläutert, dass bei den City-Toiletten 50 Cent Nutzungsgebühr anfallen, die Brennpunkt-WC können kostenfrei genutzt werden. Die äußere Hülle kann, wie im Gestaltungshandbuch festgelegt in RAL-Grau hergestellt werden, im Inneren sind die City-WC-Anlagen mit Glas ausgekleidet, die Brennpunkt-Toilette ist komplett aus Edelstahl. Das Happy-Toilet Projekt wurde zuletzt mit der DEHOGA veröffentlicht, unter Toiletten.Köln finden sich Informationen. Für die Siegburger Straße gibt es eine Baugenehmigung, aber keine finanziellen Ressourcen. Herr Gerstenmeier betont, dass an den prekären Standorten entweder das Modell Brennpunkt-Toilette aufgestellt werden könne oder keines. Es gebe keine andere Alternative. Die City-WC sind mit selbstreinigender Toilette ausgestattet. Die Kosten der beiden Modelle sind nicht erheblich unterschiedlich. In Hamburg sind die Brennpunkt-WC an Reeperbahn, Hauptbahnhof, Georgsviertel etc. aufgestellt und sehr gut von den Kollegen bewertet worden.

- 2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen**
- 3 Verwaltungsvorlagen**
- 3.1 Beschluss zur Umsetzung eines Verkehrskonzepts für die Venloer Straße im Abschnitt zwischen Kamekestraße und Hans-Böckler-Platz im Zusammenhang mit der Nachrüstung von zwei Zugangstreppen an der Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz im Rahmen der Brandschutzsanierung
3328/2022**

Frau Cazier, B90/Die Grünen, beantragt die Vertagung der Beschlussvorlage wegen Beratungsbedarf.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt **vertagt** die Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 3.2 Baubeschluss für die Durchführung der Brandschutzsanierung der unterirdischen Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz / Bf. West
1802/2022**

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, weist auf den dringenden Bedarf hin, die gefährliche Situation zu beseitigen und spricht sich daher, trotz des Beratungsbedarfs bei der in inhaltlichem Zusammenhang stehenden Beschlussvorlage TOP 3.1, hier für die Beschlussvorlage aus, damit die Planungen für die dringend benötigten Treppen weitergehen können.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts, mit der Durchführung der Brandschutzsanierung der unterirdischen Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz / Bf. West einschließlich der Verbesserung der Barrierefreiheit durch die Erneuerung von taktilen Elementen in der Verteiler- und Fahrebene mit städtischen Gesamtkosten in Höhe von 25.290.878 €.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Innenstadt uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

- 3.3 285. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4159/2022**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 285. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen keine Änderungswünsche äußern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 674351/02;
Arbeitstitel: "Campus Kartause (Kartäuserwall 24b)" in Köln-Altstadt/Süd 4157/2022**

Frau Zlonicky, Stadtplanungsamt, weist darauf hin, dass die Zahl der Wohneinheiten in der Beschlussvorlage mit 48 enthalten sei. Aufgrund der Kommunität werden 7 Plätze als eine Wohneinheit gewertet, daher handele es sich um 42 Wohneinheiten bei gleicher Geschossflächenzahl.

Beschluss:

Der Rat

1. beschließt über die zum Bebauungsplan-Entwurf für das Flurstück 114, Flur 13, Gemarkung Köln, mit einer Größe von 6.017 qm - Arbeitstitel: "Campus Kartause (Kartäuserwall 24b)" in Köln-Altstadt/Süd - abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2 bis 4;
2. beschließt den Bebauungsplan Nr. 674351/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.5 Sportanlage Dr.-Simons-Straße - Kunststoffrasen Belagserneuerung 3729/2022

Herr Schmitz, CDU, begrüßt die Vorlage. Er erläutert, dass der Bedarf sehr groß sei und der Platz derzeit von 28 Mannschaften (5 Senioren- und 3 Jugendmannschaften) sowie 2 Betriebsportgemeinschaften und einer Förderschule genutzt werde. Er hofft, dass die erstmalige Einrichtung von Kunstrasen auf der Bezirkssportanlage Deutz beim VfB05 Köln, die letztes Jahr begonnen wurde, endlich zügig vorangetrieben werde.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt (BV1) beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich der Vorberatung im Sportausschuss, mit der Durchführung von Sanierungsarbeiten auf der Sportanlage Dr.-Simons-Straße auf der Grundlage der vorgelegten Entwurfsplanung und Kostenberechnung.

Diese beinhaltet die Kunststoffrasen-Belagserneuerung bei einem Großspielfeld und zwei Kleinspielfeldern sowie die Erneuerung von Ausstattungsgegenständen für den

Sportbetrieb. Die voraussichtlichen Kosten für die Gesamtmaßnahme betragen ca. 320.000,- € brutto.

Zur Finanzierung der Maßnahme stehen im Haushaltsjahr 2023 Aufwandsermächtigungen in Höhe von 320.000,- € im Teilplan 0801-Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung. Diese Mittel sind auf Grund des Beschlusses (AN/1726/2022) des Finanzausschusses vom 30.09.2022 „Erhöhung der Mittel für die Sanierung bestehender Kunstrasenplätze“ im Haushaltsplan 2023/2024 enthalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.6 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2023 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen 4182/2022

Herr Fischer, B90/Die Grünen, bittet um Einzelabstimmung zu den einzelnen Events. Die Fraktion werde nur den Veedelsfesten zustimmen. Sowohl die Anuga wie auch „Weihnachten in Köln“ seien keine Gründe, die akzeptabel wären, den durch das Grundgesetz garantierten Sonntagsschutz auszusetzen. Er gibt die Kritik zu Protokoll, dass die Kirchen nicht mehr um Stellungnahme gebeten werden. Dies halte er für einen Verfahrensfehler. Diese müssten genau wie die Gewerkschaften befragt werden.

Geänderter Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen.

1. Kernbereich Innenstadt, Stadtmarketing Köln, 08.10.2023, Anuga

(Hinweis: abgelehnt, siehe Einzelabstimmung)

2. Kernbereich Innenstadt, Stadtmarketing Köln, 03.12.2023, Weihnachten in Köln

(Hinweis: abgelehnt s. Einzelabstimmung)

3. Interessengemeinschaft Severinsviertel, 17.09.2023, Dä Längste Desch vun Kölle

4. Deutz, Interessengemeinschaft Deutz, 06.08.2023, Familien- und Stadtteilstfest

5. ABC-Aktionsgemeinschaft, SüdstadtFest – Straßenfest, 11.06.2023

6. ABC-Aktionsgemeinschaft, Nachbarschaftsfest, 03.09.2023

Einzelabstimmungen zu Nr. 1-6:

1. Kernbereich Innenstadt, Stadtmarketing Köln, 08.10.2023, Anuga

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit den Stimmen von B90/Die Grünen, Die Linke und KlimaFreunde gegen die Stimmen von SPD, CDU und FDP **abgelehnt**

2. Kernbereich Innenstadt, Stadtmarketing Köln, 03.12.2023, Weihnachten in Köln

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit den Stimmen von B90/Die Grünen, Die Linke und KlimaFreunde gegen die Stimmen von SPD, CDU und FDP **abgelehnt**

3. Interessengemeinschaft Severinsviertel, 17.09.2023, Dä Längste Desch vun Kölle

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimmen Die Linke **zugestimmt.**

4. Deutz, Interessengemeinschaft Deutz, 06.08.2023, Familien- und Stadtteilstadt

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen eine Stimme Die Linke (Herr Scheffer) bei Enthaltung einer Stimme Die Linke (Wienke) **zugestimmt.**

5. ABC-Aktionsgemeinschaft, SüdstadtFest – Straßenfest, 11.06.2023

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen Die Linke bei Enthaltung KlimaFreunde **zugestimmt.**

6. ABC-Aktionsgemeinschaft, Nachbarschaftsfest, 03.09.2023

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen Die Linke bei Enthaltung KlimaFreunde **zugestimmt.**

3.7 Förderprojekt 'Dasselbe in Grün' - aus grauer wird grüne Infrastruktur hier: Planungsbeschluss sowie Bereitstellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen 3066/2022

Frau Cazier, B90/Die Grünen, freut sich, dass die Anträge aufgegriffen wurden und bittet die Verkehrsfläche an der Clever Straße zu berücksichtigen.

Frau Wienke, Die Linke, weist auf die Beratung im Verkehrsausschuss hin, der sich übergeben fühlte, weil Parkplätze entfallen sollen. Sie habe dies in der Sitzung klar gestellt und auf die Zuständigkeit der Bezirksvertretung Innenstadt hingewiesen.

Ergänzter Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich der Förderusage im Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ - mit der Planung zum Förderprojekt „Dasselbe in Grün – aus grauer wird grüne Infrastruktur“. Die Mittel werden konkret für die Anfertigung eines Entsiegelungskonzeptes für die Stadt Köln und für die Objektplanung der vorgesehenen Entsiegelungsmaßnahmen im Inneren Grüngürtel eingesetzt. **Hierbei ist auch der Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zur Clever Straße zu berücksichtigen (AN2465/2021).**

Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Jahr 2023 in Höhe von 30.000 € sowie in Höhe von 150.000 € für das Jahr 2024 im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6700-1301-0-9510 Klimaanpassung Entsiegelung(FW), Hpl. 2023/2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.8 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2023 4153/2022

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 1. Halbjahr 2023
 - a. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - der Informations-Ausstellung „Im Einsatz mit Ärzten ohne Grenzen“ vom 08.06. – 18.06.2023 (inkl. Auf- und Abbau 07.06. – 19.06.2023) den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt im Vorgriff auf die Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2023
 - a. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - der Informationsveranstaltung „Road to Burgenland“ vom 08.09. – 10.09.2023 (inkl. Auf- und Abbau 05.09. – 11.09.2023)
den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.
 - b. den zentralen Innenstadtplatz Roncalliplatz für die Durchführung
 - der Konzertreihe „Brings meets Classics“ vom 18.08. – 19.08.2023 (inkl. Auf- und Abbau 13.08. – 24.08.2023)
den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen eine Stimme Die Linke (Frau Wienke) **zugestimmt**.

Herr Scheffer (Die Linke) und Herr Nüsser (FDP) waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

**3.9 Bedarfsfeststellungsbeschluss Waidmarkt – Vergabe externer Fachbüros zur Unterstützung der Teilprojekte und Fachdienststellen im Projekt Waidmarkt.
4018/2022**

Frau Wienke, Die Linke, kritisiert die hohen Preise für die Beratertätigkeit von 170 €/Stunde und fragt, warum dies nicht mit städtischem Personal gelöst werden könne.

Frau Zlonicky, Stadtplanungsamt, erläutert, dass das Projekt komplex und kompliziert sei, weil es sich um drei riesige Teilprojekte handle, die zusammen geführt und geleitet werden müssen. Dies sei mit eigenen Ressourcen zeitlich und fachlich nicht zu leisten. Jedes Hoch oder Tiefbauprojekt werde selbstverständlich durch ein Projektmanagement begleitet. Die üblichen Stundensätze wurden von der Gebäudewirtschaft mitgeteilt. Sie sagt zu, dass alle Beteiligten und die Öffentlichkeit frühzeitig in die inhaltliche Diskussion eingebunden würden.

Herr Florakis, KlimaFreunde, wendet ebenfalls ein, dass der Stundensatz sehr hoch sei und das Geld an anderer Stelle fehle.

Frau Wienke, Die Linke, weist auf den Vergleich hin und fragt warum die ARGE dies nicht mache.

Frau Zlonicky, Stadtplanungsamt, erläutert, dass die ARGE die Stadtbahn baue und es nicht deren Aufgabe sei, sich um einen Gedenkort, einen Kulturort zu kümmern, einen Hochbau zu errichten und die Anwohner dabei zu beteiligen.

Beschluss:

Der Rat erkennt im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung am Waidmarkt den Bedarf für die Beauftragung von Fachbüros

1. für die Projektleitung der Gesamtprojektverantwortung als sog. Project Management Office (PMO) in Höhe von 1.800.308 Euro,
2. für Kommunikationsleistungen in Höhe von insgesamt 245.140 Euro und
3. für die Projektsteuerung zur Errichtung eines Kulturortes und/ oder einer Gedenkstätte in Höhe von 532.400 €
4. Zusätzlich beschließt der Rat zur Finanzierung des Bedarfs unter Ziffer 3 die Verwendung und Freigabe der Mittel aus dem Renovierungsprogramm im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 59.150 Euro und im Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 118.300 Euro im

Teilergebnisplan des Referats für Museumsangelegenheiten in der Produktgruppe 0401, Museumsreferat, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

(jeweils brutto) an und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung der Vergabeverfahren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen Die Linke und KlimaFreunde **zugestimmt**.

**3.10 Aufstellung und Einrichtung des für das Gymnasium Rochusstraße 145 bereits bestellten Modulbaus am Standort Eitorfer Straße zur Nutzung durch das Berufskolleg 10 und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
4155/2022**

1. Der Rat der Stadt Köln genehmigt, dass der ursprünglich für das Gymnasium Rochusstraße bestellte Erweiterungsbau in Modulbauweise stattdessen am Standort Eitorfer Straße (Deutz) für das Berufskolleg 10, Hauptstraße 426, Porz als Nebenstelle errichtet wird und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Der prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der Maßnahme liegt bei rund 16,5 Mio. Euro brutto.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt im städtischen Haushalt über eine zusätzliche Miete (Flächenverrechnungspreis, FVP) ab 2024 aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand.

Auf der Grundlage der bei der Berechnung des Flächenverrechnungspreises üblichen Annahmen (zum Beispiel Instandhaltungsansatz laut Empfehlung der KGSt) ist bei einer Investitionssumme von rund 16,5 Mio. Euro unter Risikoaspekten von einer zusätzlichen jährlichen Mietbelastung von rund 758.000 Euro auszugehen.

2. Der Rat beschließt ferner die Einrichtung und Ausstattung des Erweiterungsbaus in Modulbauweise und die Freigabe der dazu benötigten Mittel. Die Einrichtungskosten für den neuen Modulbau liegen voraussichtlich bei rund 800.000 Euro brutto (konsumtiver Anteil rund 310.000 Euro und investiver Anteil rund 490.000 Euro).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradrampe Severinsbrücke (Az.: 02-1600-122-22)
2638/2022**

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt berichtet, dass nach dem am 25.01.2023 erfolgten Ortstermin mit dem Petenten, die Beschlussvorlage heute aufgrund Beratungsbedarfs vertagt werden soll.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt **vertagt** die Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Verkehrsberuhigung Mathiasstraße
(Az.: 02-1600-131-22)
3324/2022**

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, führt aus, dass der Petent sich nicht auf die Einladung zur heutigen Sitzung gemeldet hat und das Amt für nachhaltige Mobilitätsentwicklung eine Sitzungsteilnahme nicht ermöglichen konnte.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, erklärt, dass die Anwesenheit der Fachverwaltung bei den vielen Eingaben zu Verkehrsthemen heute zwingend geboten gewesen wäre. Er bittet dies ins Protokoll aufzunehmen und weiterzugeben. Die Ausführungen der Verwaltung zur Bürgereingabe seien, bei allem Verständnis für die Eingabe, nachvollziehbar, sodass er der Verwaltungsvorlage zustimme.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt dem Petenten für die Eingabe, spricht sich allerdings gegen die vorgeschlagene Neuordnung des ruhenden Verkehrs und den vorgeschlagenen Bremsschwellen aus. Sie bekräftigt, die bereits beschlossenen Maßnahmen für Fahrradstraßen und Tempo 30-Zonen im Georgsviertel prioritär umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt. (Die Linke und KlimaFreunde haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

**4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW bezüglich der Öffnung eines Weges
über die Messedächer für die Öffentlichkeit (Az 205/22 B)
4296/2022**

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass der Petent um Verschiebung der Beschlussvorlage gebeten hat, da er nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen könne.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, kritisiert, dass die Messe kein Interesse gezeigt habe, an der Sitzung teilzunehmen, da die Stellungnahme umfassend die Situation erläutere.

Herr Leitner, CDU, wird diese Auskunft an ein Aufsichtsratsmitglied der Kölnmesse weiterleiten.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt die Beschlussvorlage auf Bitte des Petenten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Bushaltestelle Hansaring auf die
Krefelder Straße (Az.: 02-1600-167-22)
4264/2022**

Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, schlägt folgenden Beschlusstext vor: „Die Bezirksvertretung Innenstadt bedankt sich für die Eingabe des Petenten. Im Hinblick auf die in

der Stellungnahme der Verwaltung dargelegten Erläuterungen bittet sie den Vorschlag des Petenten bei einer ggf. anstehenden Überplanung der Kreuzung umzusetzen.“

Herr Leitner, CDU, spricht sich gegen den Änderungsantrag und den Vorratsbeschluss aus. Wenn die Kreuzung geplant werde, könne dies berücksichtigt werden. Er sehe diese Kreuzung momentan nicht als eine umzugestaltende an. Die Haltestelle in der Lübecker Straße wirke wie eine zusätzliche vorgeschaltete Ampelanlage, daher sei dies eine wichtige Entzerrung des Fließverkehrs vom Hansaring. Bei einer Änderung müsse die gesamte komplexe Situation in dem Bereich betrachtet werden.

Herr Cremer, SPD, stimmt den Ausführungen von Herrn Leiter umfassend zu.

I. Änderungsantrag:

Die Bezirksvertretung Innenstadt bedankt sich für die Eingabe des Petenten. Im Hinblick auf die in der Stellungnahme der Verwaltung dargelegten Erläuterungen bittet sie den Vorschlag des Petenten bei einer ggf. anstehenden Überplanung der Kreuzung umzusetzen.

II. Beschluss (Verwaltungsvorlage):

Die Bezirksvertretung Innenstadt bedankt sich für die Eingabe des Petenten. Im Hinblick auf die in der Stellungnahme der Verwaltung dargelegten Erläuterungen kann der Vorschlag des Petenten zurzeit nicht umgesetzt werden.

I. Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmengleichheit von 8 Stimmen B90/Die Grünen gegen SPD (2), CDU (2), Die Linke (2), FDP (1) und KlimaFreunde (1) **abgelehnt**.

II. Verwaltungsvorlage

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung B90/Die Grünen.

4.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Trennung Stadtbahnlinien 7 und 13 (Az.: 02-1600-47-22) 4250/2022

Herr Dr. Höver, Bürgeramt, Innenstadt, berichtet, dass der Petent abgesagt hat.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden bedankt sich für die Eingabe des Petenten und spricht sich aber auf Basis der in der Begründung dargestellten, gegenwärtigen Beschlusslage des Rates der Stadt Köln gegen diese Eingabe aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

5.1.1 Mehr umsteigefreie Busverbindungen zum Hauptbahnhof, Antrag FDP AN/1068/2022

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt **vertagt** den Antrag mit der Maßgabe einen Ortstermin durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.1.2 Neues Konzept für den öffentlichen Raum und eine resiliente Stadt in der Altstadt Nord, gem. Antrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/2063/2022

Frau Cazier, B90/Die Grünen, bittet den Antrag bereits vor dem Fachgespräch zu beschließen.

Herr Cremer, SPD, führt aus, dass aufgrund des so umfangreichen Antrages, wie in der FVB besprochen, zuerst ein Fachgespräch mit den vielen beteiligten Ämtern geführt werden soll, um auch Antworten auf viele systematische Fragen, beispielsweise wie man mit solchen „Einzelhandelskonzepten“ umgehen soll, zu erhalten. Das Fachgespräch ersetze den zuvor angedachten Ortstermin.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, bestätigt die Ausführungen von Herrn Cremer zum Vorschlag in der FVB.

Frau Utku, B90/Die Grünen, erklärt, dass es einer Grundlage bedürfe, worüber gesprochen werden soll. Die Fachverwaltung soll zuerst Vorschläge ausarbeiten. Der Antrag sei ausschließlich ein Konzept.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, schlägt vor, ein Fachgespräch in Präsenz auf der Basis des Antrags zu beschließen.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass die Ausarbeitung eines Konzeptes viele personelle Ressourcen binde. Daher soll vorab ein Austausch stattfinden. Der Beschluss ein Konzept zu erstellen, sei bereits ein großer Arbeitsauftrag.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, stimmt dem Vorschlag von Herr Hupke zu. Dies sei ein guter Kompromiss auch zeitnah über den Antrag abstimmen zu können.

Herr Leitner, CDU, schließt sich den Ausführungen von Herrn Cremer an.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt **vertagt** den Antrag mit der Maßgabe ein Fachgespräch in Präsenz auf Basis des Antrags durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

5.2.1 Dringlichkeitsantrag - Anpassung des Verkehrsversuchs Deutzer Freiheit, gem. Antrag B90/Grüne, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/0180/2023

Hinweis: TOP 5.2.1 und 5.2.2 werden gemeinsam beraten.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, bittet nach Rücksprache mit der Fachverwaltung unter Nr. 1 des Beschlusstextes „vollumfänglich“ in „ausreichend“ zu ändern. Er stellt den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag. Der gemeinsame Antrag sei am Rande des Veedelsbeirats auf Grundlage der Vorschläge der IG Deutz entstanden und auch mit anderen Initiativen abgestimmt. Im Sinne der dringend notwendigen Befriedung sei die Fraktion B90/Die Grünen auf diesen Kompromiss eingegangen. Der gemeinsame Antrag von CDU und FDP zeige, dass die CDU offenbar kein Interesse habe die Situation in Deutz zu befrieden, sondern es soll ein Keil in die Bevölkerung getrieben, Missgunst und Hass am Kochen gehalten werden, weil die CDU versuche daraus politisches Kapital zu schlagen. Die Öffnung des Abschnittes 1 sei völlig undenkbar, weil sich dort der zentrale Veedelsplatz vor St. Heribert befinde, gerade dort mache es Sinn den Abschnitt autobefreit zu lassen.

Herr Cremer, SPD, bedauert ebenfalls, dass die CDU den Kompromiss nicht mittrage. Die Debatten zur Verkehrswende hätten mit großen Verlustängsten zu tun. Er betont, dass es nicht ohne Mobilitätswende und ebenfalls nicht ohne den einen oder anderen Kompromiss gehen werde.

Frau Wienke, Die Linke, schließt sich den Vorrednern an, wird sich aber enthalten, da sie es extrem ärgerlich findet, dass ein Kompromiss eingegangen werde. Der Prozess sei demokratisch begleitet worden, ein Bürgerantrag, der über Jahre vorbereitet worden sei, sei beschlossen worden. Es sei ein fatales Zeichen, dass die Bezirksvertretung nicht die Stärke aufbringe und sage, der Verkehrsversuch werde durchgeführt.

Herr Schmitz, CDU, erklärt, dass es ein Bestreben gegeben habe, einen Kompromiss zu finden. Der Antrag sei der CDU aber nicht weitreichend genug, sondern ein fauler Kompromiss mit einigen Tücken. Die IG Deutz habe eine Öffnung von Abschnitt 5 in beide Richtungen gewünscht, so wie dies auch die Fachverwaltung für sinnvoll halte. Der Wegfall von 12 Parkplätzen für Anwohner in der Graf-Gesler-Straße halte er für sehr problematisch. Der Veedelsbeirat habe gezeigt wie belastend die Situation sei und dass der Verkehrsversuch in dieser Form gescheitert sei. Jetzt hätte man die Chance einen echten Kompromiss mit allen Initiativen zu finden. Die Geschäfte könnten mit dem Dringlichkeitsantrag TOP 5.2.1 nicht wirklich gut leben.

Herr Leitner, CDU, hält die Art und Weise, wie der gemeinsame Antrag von CDU und FDP diffamiert und mit persönlichen Attacken gewürzt werde, für grenzwertig und bittet den Bezirksbürgermeister dies zu rügen.

Herr Florakis, KlimaFreunde, führt aus, dass der Antrag TOP 5.2.1 ein Schritt in die richtige Richtung sei und man könne schauen, ob dies Auswirkungen auf die Umsätze habe. Das sei besser als den halben Verkehrsversuch abubrechen. Das Wort „vollumfänglich“ im Beschlusstext, könne nach seiner Auffassung ganz gestrichen werden.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, stimmt der Streichung des Adjektivs „vollumfänglich“ zu.

Herr Nüsser, FDP, kann den Antrag TOP 5.2.1 nicht unterstützen. Bereits die Einleitung „bis zu einem finalen Beschluss der Bezirksvertretung“ stelle eine Aufweichung des bisherigen Beschlusses über einen Verkehrsversuch für einen bestimmten Zeitraum dar, der nach Ablauf des Verkehrsversuchs zurückzunehmen sei, sofern kein

neuer Beschluss der Bezirksvertretung vorliege. Es sei nicht nachvollziehbar, warum Abschnitt 5 nur in eine Richtung geöffnet werden soll.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, bittet in der Wortwahl gemäßigt miteinander umzugehen. Er weist auf die Hassmails hin, die Herr Fischer, B90/Die Grünen, erhalten haben, dies habe er in dieser Dimension nicht gekannt. Der Änderungsantrag von CDU und FDP beinhalte, dass der Verkehrsversuch nach Ablauf beendet sei, egal welches Ergebnis er habe. Er habe den Veedelsbeirat hoffnungsvoll verlassen, dass es keine Polarisierung mehr gebe, dies sei jetzt leider nicht der Fall. Vielleicht müsse eine Ombudsfrau/-mann die Zusammenhänge klären, indem Sie die Steuererklärungen der Betriebe von den letzten 5 Jahre prüfe. Man wolle dem Einzelhandel helfen, doch dieser müsse auch nach vorne denken.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, erklärt, dass zu einer verantwortlichen Politik auch gehöre, die Signale aufzugreifen, damit es eine Stimmung in einem Viertel gebe, die trage. Daher sei ein Kompromiss notwendig. Die Öffnung nur in östliche Richtung habe den Grund, dass dadurch der Parksuchverkehr der Arena aus dem Viertel herausgehalten werden soll. Ziel der Fachverwaltung sei die Forschungsergebnisse der Hochschule Bochum im Mai zu präsentieren, sodass rechtzeitig eine endgültige Lösung beschlossen werden könne. Die Formulierung soll sagen, dass keine Interimsrückbauarbeiten stattfinden sollen, falls sich der Prozess verzögern sollte. Es gehe nicht um die Verlängerung des Verkehrsversuchs. Die Empörung der CDU ziehe er sich nicht an. Es habe von Seiten der CDU noch nicht einmal den Ansatz gegeben, über den Antrag zu reden, dies unterstreiche, dass man Öl ins Feuer gießen und keinen Kompromiss finden wolle.

Herr Schmitz, CDU, distanziert sich davon Hass und Missgunst zu verbreiten. Die Politik am Bürger vorbei schüre Hass und die schlechte Stimmung in Deutz. Die CDU rede mit den Leuten vor Ort und nehme die ernstesten Existenzängste und Sorgen wahr. Verkehrswende bedeute nicht alles abzusperren, sodass die Parkplatzsuche dann erheblich länger dauere.

Herr Leitner, CDU, erklärt, dass es jeder Neutralität in der Sitzungsleitung entbehre, die Äußerungen zuzulassen und nicht in die Nähe einer Rüge zu setzen. Er habe auf den Antragsentwurf geantwortet, doch die Mail sei, wie mit Frau Cazier besprochen, nicht gesendet worden.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, erklärt, dass die CDU nicht inhaltlich diskutiert, sondern lediglich den gemeinsamen Antrag nicht mitgetragen habe.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, zitiert aus § 27 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, dass der Sitzungsleiter, wenn er Redewendungen oder Verhaltensweisen feststellt, die geeignet seien, die Beratungsordnung zu verletzen, die Möglichkeit habe, das betreffende Ratsmitglied zu ermahnen seine Äußerungen bzw. sein Verhalten einzustellen oder entsprechend einzurichten oder zu berichtigen. Er könne dem Ratsmitglied eine Rüge erteilen. Es heiße aber auch, im § 8, dass sitzungsleitende Maßnahmen und Entscheidungen des Vorsitzenden in der Ratssitzung nicht erörtert werden dürfen. Anregungen bezüglich der künftigen Handhabung derartiger Fälle können im Rahmen der Fraktionsvorsitzendenbesprechung erfolgen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, erklärt, dass er von allen gewählt sei und versuche, immer den Ausgleich zu schaffen. Er bittet in der Wortwahl verbal abzurüsten.

Frau Wienke, Die Linke, erklärt, dass es Anwohnenden und Einzelhändlern immer um Parkplätze ging. In der Tempelstraße seien auch Parkplätze weggefallen. Die Stadt Köln habe den Klimanotstand ausgerufen, in der Innenstadt gebe es Hitzeinseln, Autos heizen die Innenstadt zusätzlich auf. Man brauche mehr Grün, mehr Flächen für Fußgänger und Rad. Das Ziel sei, wie vom Rat beschlossen, dass der MIV auf 10 % reduziert werde. Dies sei nur realisierbar, wenn die Innenstadt autofrei sei.

Herr Scheffer, Die Linke, unterstreicht die Ausführungen von Herrn Fischer. Es müsse aber noch geschaut werden, wie der Fahrradverkehr dort verlangsamt und das Problem für Mobilitätseingeschränkte gelöst werden könne.

Herr Nüsser, FDP, erklärt, dass die Formulierung „bis zur endgültigen Entscheidung“ auf eine Vorabentschuldigung schließen lasse, dass der Prozess länger dauere. Man habe sich damals bewusst für einen auf ein Jahr befristeten Verkehrsversuch entschieden, was er für sinnvoll halte.

Geänderter Beschluss:

Bis zu einem finalen Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt über die endgültige Gestaltung der Deutzer Freiheit gelten folgende Regelungen:

1. Der Abschnitt 5 wird versuchsweise für den MIV in östliche Fahrtrichtung geöffnet. Die dortigen Stellplätze werden für Kurzzeitparken freigegeben. Vorhandene Ladezonen bleiben dabei **vollumfänglich** erhalten.
2. In der Graf-Geßler-Straße werden 12 Parkplätze zu Kurzzeitparkplätzen umgewandelt.
3. Für die unter 1. und 2. beschriebenen Kurzzeitparkplätze gilt werktags zwischen 9 und 18 Uhr eine Parkscheinplicht mit den für das Bewohnerparkgebiet Deutz I. gültigen Parkgebühren und einer Höchstparkdauer von 2 Stunden. In der übrigen Zeit sind sie Bewohnern mit Parkausweis Deutz I. vorbehalten.
4. Die Abschnitte 1 bis 3 bleiben Fußgängerzone. Die Ausweisung als Fußgängerzone wird durch zusätzliche Bodenmarkierungen und ggfs. weitere Maßnahmen verdeutlicht. Die Absperrbaken werden durch wertigere Lösungen ersetzt, wenigstens eine zusätzliche Absperrung erfolgt auf Höhe der Einmündungen Mathildenstr./Düppelstr. Außerdem soll durch geeignete Maßnahmen eine wirkungsvolle Entschleunigung des Radverkehrs herbeigeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung CDU und FDP **zugestimmt**.

5.2.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag zu "Dringlichkeitsantrag - Anpassung des Verkehrsversuchs Deutzer Freiheit", gem. Änderungsantrag CDU und FDP AN/0187/2023

Beschluss:

1. Der Abschnitt 1 zwischen Siegburger Straße und Tempelstraße wird für den KfZ-Verkehr umgehend geöffnet. Die Stellplätze werden vollumfänglich wieder als Kurzzeitparkplätze zur Verfügung gestellt. Es gilt der Zustand wie vor dem Verkehrsversuch. Mögliche Ladezonen werden von der Verwaltung in Abstimmung mit den dort ansässigen Geschäftsleuten geprüft.
2. Die Abschnitte 2 und 3 zwischen Tempelstraße und Luisenstraße bleiben eine Fußgängerzone. Die Verwaltung wird gebeten, entsprechende Maßnahmen zur Entschleunigung des Radverkehrs in diesen Abschnitten zu prüfen.
3. Der Abschnitt 5 zwischen Graf-Geßler-Straße und Gotenring wird für den KfZ-Verkehr umgehend in beide Richtungen geöffnet. Die Stellplätze werden vollumfänglich wieder als Kurzzeitparkplätze zur Verfügung gestellt, sofern sie nicht von der Außengastronomie genutzt werden. Ansonsten gilt der Zustand wie vor dem Verkehrsversuch. Mögliche Ladezonen werden von der Verwaltung in Abstimmung mit den dort ansässigen Geschäftsleuten geprüft.
4. Infolge der Öffnungen der Abschnitte 1 und 5 für den KfZ-Verkehr, prüft die

Verwaltung in Abstimmung mit den dort ansässigen Geschäftsleuten, inwiefern die vorhandenen Ladezonen zwischen Neuhöfferstraße und Graf-Geßler-Straße (Abschnitt 4) wieder zu Kurzzeitparkplätzen umgewandelt werden können sowie der Zeitraum der Lieferzeiten erweitert werden kann.

5. Die Änderungen gelten bis zum Ablauf des Verkehrsversuches im Juni 2023. Anschließend ist die gesamte Deutzer Freiheit umgehend in ihren ursprünglichen Zustand zurückzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

**5.2.2 Sperrpfosten bei neuen autofreien Zonen / Verkehrsexperimenten, Dringlichkeitsantrag Grüne
AN/0195/2023**

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, führt aus, dass die neue Einrichtung von Fußgängerzonen oder Fahrradstraßen (wie z. B. Eigelstein, Deutzer Freiheit und Ehrenstraße) nicht ohne Absperrung funktioniere und zu Fehleinfahrten in erheblichem Ausmaß führe. Dafür seien Sperrpfosten ein probates Mittel, welches nicht sehr teuer, schnell ausgeführt und auch reversibel sei. Die Baustelleneinrichtungen auf der Deutzer Freiheit und der Ehrenstraße seien dem Stadtraum nicht angemessen und der Aufenthaltsqualität nicht zuträglich, dies sollte auch bei temporären Maßnahmen vermieden werden. Der Radverkehr sollte auf der Deutzer Freiheit über die Fahrbahn und nicht über den Gehweg fahren.

Herr Polat, SPD, sieht den Dringlichkeitscharakter auf Basis von ästhetischen Aspekten nicht. Bei solchen Maßnahmen spreche man auch von finanziellen und personellen Ressourcen, daher halte er dies für voreilig, zumal auch die Ästhetik von Pollerfriedhöfen nicht der wünschenswerte Zustand für die Stadt sei.

Herr Leitner, CDU, sieht die Dringlichkeit ebenfalls nicht gegeben. Es wäre sinnvoller versenkbare Poller für die Deutzer Freiheit und die Ehrenstraße zu fordern. Vom Bürgerverein Eigelstein gebe es einen Bürgerantrag, der auch absenkbare Poller zum Gegenstand habe. Daher werde er diesem Antrag nicht zustimmen.

Frau Wienke, Die Linke, unterstützt den Antrag und sieht die Dringlichkeit gegeben, da der Autofahrer den Poller brauche und es anders nicht funktioniere. Die Poller seien einfach und praktikabel umsetzbar und essentiell für zukünftige Verkehrsversuche.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, führt allgemein aus, dass von den Gerichten eine Dringlichkeit dann gesehen werde, wenn sie der Abweisung von erheblichen Nachteilen für die Kommune diene. Dies gelte ebenso für Verwaltungsvorlagen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, sieht in diesem Fall die Dringlichkeit schon überfällig.

Herr Nüsser, FDP, ist der Auffassung, dass alles besser als die Baken sei. Er stimmt Herrn Leitner zu, dass bei der endgültigen Ausführung einer Straße versenkbare Poller zu setzen seien.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, erläutert, dass zuvor der Beschluss gefasst wurde, wertigere Absperrungen auf der Deutzer Freiheit zu verwenden. Daher sei es wichtig, diesen Beschluss als Umsetzungsgrundlage zu fassen. Die Baken würden ganz oft unsachgemäß irgendwo hingestellt oder umgeschmissen, daher könne mit Gefahr im Verzug argumentiert werden. Er dankt Herrn Leitner für den Hinweis zu den versenkbaren Pollern. Er schlägt dazu einen gemeinsamen Antrag vor. Hier gehe es aber ausdrücklich um provisorische Lösungen, für die der Aufwand mit versenkbaren Pol-

lern zu hoch sei. Wann immer es darum gehe Lösungen zu verstetigen, spricht er sich für versenkbare Poller aus.

Herr Florakis, KlimaFreunde, sieht dringenden Handlungsbedarf und schließt sich den Ausführungen von Herrn Fischer an.

Herr Nüsser, FDP, schlägt vor „grundsätzlich“ gegen vorübergehend auszutauschen und aufzunehmen, dass „langfristig ein Austausch gegen versenkbare Poller erfolgen soll“.

Geänderter Beschluss:

Es wird beantragt, dass in Straßenabschnitten, die wie die Deutzer Freiheit oder die Ehrenstraße neu und / oder temporär für den KFZ-Verkehr gesperrt werden, **grundsätzlich vorübergehend** Sperrpfosten („Poller“) mit Bodenhülsen eingebaut werden. Alternativ sollen Schwenktore geprüft werden. **Langfristig sollen diese gegen versenkbare Poller ausgetauscht werden.**

Der Einsatz von Pollern hat sich u.a. auf der Zülpicher Straße bewährt und die Poller können von Rettungsfahrzeugen oder der AWB für die Durchfahrt mit einem üblichen Spezialschlüssel leicht entfernt und wieder eingesetzt werden.

Zudem müssen die Bodenhülsen nach Beendigung der Sperrung nicht rückgebaut werden, sondern können mit Abdeckkappen verschlossen werden, um sie z.B. bei Straßenfesten wieder zu verwenden.

Die Poller sollen mit rot-weißem Reflektorband ausgestattet werden.

Bei den Absperrungen soll eine Durchlässigkeit für den Radverkehr gewährt bleiben, um ein Ausweichen von Radfahrenden auf den Bürgersteig zu verhindern. Ggf. soll durch Sperrungen, die eine verschwenkte Durchfahrt erfordern, eine zu schnelle Einfahrt des Radverkehrs in das Gebiet verhindert werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit gegen die CDU **zugestimmt.**

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1.1 Ruhestörung in der Rubensstraße, Anfrage SPD AN/1831/2022

6.1.2 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburo- nenstraße / Maternusstraße, Anfrage Grüne AN/1836/2022

6.1.3 Bildungslandschaft Altstadt Nord - Renovierungsarbeiten, Anfrag CDU AN/1821/2022

6.1.3.1 Beantwortung der Anfrage - Bildungslandschaft Altstadt Nord, Renovie- rung der Turnhalle Adolf-Fischer-Straße - zur Anfrage AN/1821/2022 der CDU-Fraktion 3673/2022

**6.1.4 Historische Wasserpumpe auf dem Alter Markt, Anfrage CDU
AN/1822/2022**

**6.1.4.1 Beantwortung - Historische Wasserpumpe auf dem Alter Markt - zur Anfrage der CDU-Fraktion AN/1822/2022
4164/2022**

**6.1.5 Regeln für Gehwegbreiten, gem. Anfrage Die Linke und KlimaFreund
AN/1967/2022**

**6.1.6 Ersatzfreiheitsstrafen aufgrund des Fahrens ohne Fahrscheins, Anfrage
Grüne
AN/2205/2022**

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

**6.2.1 Beschwerdelage Schaafenstraße, Anfrage Die Linke
AN/0034/2023**

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

Herr Leitner, CDU, fragt wann der runde Tisch Severinsstraße stattfinden soll, dieser sei angesetzt gewesen, aber nichts passiert.

In der Gilbachstraße sei eine Bleifirma gewesen sein. In der Höhe der Bleifirma sollen mindestens 100 neue Wohnungen gebaut werden. Er bittet um Informationen, ob eine Bodenuntersuchung stattfinde.

Er fragt weiterhin, ob die Bezirksvertretung noch auf den Verkauf der Rathausteppiche reagieren wird.

Herr Vinçon, B90/Die Grünen, fragt zu AN/1647/2021 nach dem aktuellen Sachstand zur Lieferung und Aufstellung der Bänke.

Auf Nachfrage von Frau Wienke, Die Linke, die an die Beantwortung der Anfrage AN/1967/2022 und in diesem Zusammenhang auf das Informationsfreiheitsgesetz hinweist, antwortet Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, dass Fragen nach Informationsfreiheitsgesetz und Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates die gleiche Wertigkeit haben. Der Rat diese Anfrage schriftlich zu stellen, war keine rechtliche Auskunft, sondern ein gut gemeinter Hinweis um eine größere Wirkung zu erreichen. Offiziell in Session eingestellte Fragen werden bis zur Beantwortung in den Sitzungen der Bezirksvertretung aufgeführt, wie die heutige Tagesordnung zeigt.

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

9 Mitteilungen der Verwaltung

**9.1 Neubau der Feuer- und Rettungswache 1 (Innenstadt)
Hier: Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens
4101/2022**

**9.2 Köln. Gestaltet. Miteinander
Erfolgreicher Auftakt des ersten Konsultationskreises für die Außen-
gastronomie
mit der Stadtverwaltung, der Gastronomie, den Behindertenverbänden
und der Politik
zum Sachstand und zur Methodik
4261/2022**

**9.3 Strategie Klimaneutrales Köln
4145/2022**

Herr Florakis, KlimaFreunde, hält einige Aussagen für logisch falsch und die falsche Richtung und wird zur nächsten Sitzung Nachfragen stellen.

**9.4 Mitteilung "Energetische Ertüchtigung denkmalgeschützter Bauten"
4222/2022**

**9.5 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW "Waidmarkt 2.0", AZ:
191/22
0089/2023**

**9.6 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Hunde Freilaufwiese,
Steinpark, Ecke Quentelstraße und Buschgasse", AZ: 210/22
0090/2023**

**9.7 Sachstandsbericht
0099/2023**

**9.8 Straßenkarneval 2023
Hier: Darstellung der Prüfergebnisse zum Ratsbeschluss vom
08.12.2022, TOP 3.1.6
0149/2023**

Herr Nüsser, FDP, führt aus, dass er mit der Lösung sehr unglücklich sei und bittet dies auch zeitnah zu diskutieren.

**9.9 Liste der Großbauprojekte - Beantwortung von Anregungen und Nach-
fragen aus den beteiligten Gremien
3165/2022/1**

**9.10 Neufassung des Mietermietvertrages für die Vermietung von städti-
schen Sportanlagen oder Grundstücken zum Bau von Sportbauten Drit-
ter
2153/2022**

- 9.11 Welcome-Center für geflüchtete Menschen aus der Ukraine am Hauptbahnhof Köln
0051/2023**
- 9.12 Radverkehrskonzept Innenstadt - Kölner Ringe
Prüfergebnis - Einsatz baulicher Trennelemente am Hohenzollernring
0115/2023**
- 9.13 Radverkehrskonzept Innenstadt – Kölner Ringe
Radverkehrsführung mit Spurumwandlung auf dem Hansaring bis Krefelder Straße
0062/2023**
- 9.14 Mitteilung zu DE 4030/2022 - schulrechtliche Änderung mehrerer Gymnasien ab den Schuljahren 2023/24 und 2024/25
0045/2023**

gez. Hupke

Vorsitz

gez. Brohl

Schrifführung